20320

**Zweite Verordnung
zur Änderung der Wegstreckenentschädigung
nach § 6 Abs. 1 Satz 2 LRKG
Vom 11. März 1982**

Auf Grund des § 25 Abs. 1 des Landesreisekostengesetzes (LRKG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Juli 1974 (GV. NW. S. 214), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. November 1979 (GV. NW. S. 926), wird im Einvernehmen mit dem Innenminister verordnet:

Artikel I

§ 6 Abs. 1 Satz 2 des Landesreisekostengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Juli 1974 (GV. NW. S. 214), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. November 1979 (GV. NW. S. 926), erhält folgende Fassung:

Liegen triftige Gründe für die Benutzung des Kraftfahrzeuges vor, so beträgt die Wegstreckenentschädigung je Kilometer bei Benutzung von

1. Kraftfahrzeugen mit einem Hubraum bis 50 ccm	15 Pfennig.
2. Kraftfahrzeugen mit einem Hubraum von mehr als 50 bis 350 ccm	19 Pfennig.
3. Kraftfahrzeugen mit einem Hubraum von mehr als 350 bis 600 ccm	23 Pfennig.
4. Kraftfahrzeugen mit einem Hubraum von mehr als 600 ccm	31 Pfennig.

Artikel II

Diese Verordnung tritt am 1. April 1982 in Kraft. Für Dienstreisen und Dienstgänge, die vor dem 1. April 1982 angetreten und an diesem Tage oder später beendet werden, verbleibt es bei den bisherigen Bestimmungen.

Düsseldorf, den 11. März 1982

Der Finanzminister
des Landes Nordrhein-Westfalen
Posser

- GV. NW. 1982 S. 152.

20320

**Siebte Verordnung
zur Änderung der Kraftfahrzeugverordnung
Vom 11. März 1982**

Auf Grund des § 6 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 2 und Abs. 6 Satz 3 des Landesreisekostengesetzes (LRKG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Juli 1974 (GV. NW. S. 214), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. November 1979 (GV. NW. S. 926), wird im Einvernehmen mit dem Innenminister verordnet:

Artikel I

Die Kraftfahrzeugverordnung vom 31. Mai 1968 (GV. NW. S. 190), zuletzt geändert durch Verordnung vom 31. Mai 1979 (GV. NW. S. 460), wird wie folgt geändert:

Einzelpreis dieser Nummer 1,60 DM

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den August Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Am Wehrhahn 100, Tel. (0211) 360301 (8.00-12.30 Uhr), 4000 Düsseldorf 1

Bezugspreis halbjährlich 41,30 DM (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 82,60 DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim Verlag vorliegen.

Die genannten Preise enthalten 6,5% Mehrwertsteuer

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 6888293/294, 4000 Düsseldorf 1

Einzellieferungen gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. Versandkosten (je nach Gewicht des Blattes), mindestens jedoch DM 0,80 auf das Postscheckkonto Köln 8516-307. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 4000 Düsseldorf 1

Verlag und Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf, Am Wehrhahn 100

Druck: A. Bagel, Graphischer Großbetrieb, 4000 Düsseldorf

ISSN 0340-661 X

1. § 3 Abs. 2 Satz 2 erhält folgende Fassung:

Sie beträgt bei Fahrleistungen

bis 100 km	31 Pfennig je Kilometer,
für jeden weiteren Kilometer bei Fahrleistungen	

von 101 km bis 1 000 km	25 Pfennig je Kilometer,
von 1 001 km bis 2 000 km	20 Pfennig je Kilometer,
von 2 001 km und mehr km	18 Pfennig je Kilometer.

2. § 7 erhält folgende Fassung:

Wegstreckenentschädigung

Die Wegstreckenentschädigung beträgt je Kilometer bei Benutzung von

1. Kraftfahrzeugen mit einem Hubraum bis 50 ccm	15 Pfennig;
Daneben werden vom Beginn des Monats an, in dem das Fahrzeug mit schriftlicher Anerkennung in dienstlichem Interesse gehalten wird, bis zum Ende des Monats, in dem die Anerkennung erlischt, zur Abgeltung der Kosten für Versicherung, Pflege und Unterstellung monatlich 22 Deutsche Mark gewährt;	
2. Kraftfahrzeugen mit einem Hubraum von mehr als 50 ccm bis 350 ccm	26 Pfennig,
3. Kraftfahrzeugen mit einem Hubraum	
a) von mehr als 350 ccm bis 600 ccm	
aa) bei einer Fahrleistung für Dienstzwecke im Betriebsjahr bis zu 10 000 km	34 Pfennig,
bb) für jeden weiteren Kilometer im Betriebsjahr	20 Pfennig,
b) von mehr als 600 ccm	
aa) bei einer Fahrleistung für Dienstzwecke im Betriebsjahr bis zu 10 000 km	42 Pfennig,
bb) für jeden weiteren Kilometer im Betriebsjahr	28 Pfennig.

3. § 12 Abs. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

(1) Die Kilometervergütung beträgt je Kilometer

a) für Kraftwagen mit einem Hubraum	
bis 1 000 ccm	18 Pfennig,
von mehr als 1 000 ccm bis 1 300 ccm	20 Pfennig,
von mehr als 1 300 ccm bis 1 700 ccm	21 Pfennig,
von mehr als 1 700 ccm	22 Pfennig,
b) für Krafträder mit einem Hubraum	
bis 100 ccm	10 Pfennig,
von mehr als 100 ccm bis 250 ccm	11 Pfennig,
von mehr als 250 ccm bis 350 ccm	12 Pfennig,
von mehr als 350 ccm	13 Pfennig.

Artikel II

Diese Verordnung tritt am 1. April 1982 in Kraft. Für Dienstreisen und Dienstgänge, die vor dem 1. April 1982 angetreten und an diesem Tage oder später beendet werden, verbleibt es bei den bisherigen Bestimmungen.

Düsseldorf, den 11. März 1982

Der Finanzminister
des Landes Nordrhein-Westfalen
Posser

- GV. NW. 1982 S. 152.

Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

36. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 30. März 1982	Nummer 16
---------------------	--	------------------

Glied- Nr.	Datum	Inhalt	Seite
20340	9. 3. 1982	Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung der Disziplinarordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (DO NW)	154
20340	9. 3. 1982	Verordnung über den Vertreter des öffentlichen Interesses in Disziplinarsachen für das Land Nordrhein-Westfalen	154
2124	9. 2. 1982	Verordnung zur Änderung der Gebührenordnung für Hebammenhilfe außerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung (Hebammengebührenordnung Nordrhein-Westfalen)	155
2126	9. 3. 1982	Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem Bundes-Seuchengesetz	155

20340

**Verordnung zur Änderung der Verordnung
zur Durchführung der Disziplinarordnung des
Landes Nordrhein-Westfalen (DO NW)
Vom 9. März 1982**

Auf Grund des § 138 der Disziplinarordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (DO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Mai 1981 (GV. NW. S. 364) wird verordnet:

Artikel I

Die Verordnung zur Durchführung der Disziplinarordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (DO NW) vom 18. Mai 1971 (GV. NW. S. 149) wird wie folgt geändert:

1. § 1 erhält folgende Fassung:

§ 1

Ein Strafverfahren ist eingeleitet (§§ 4 Abs. 3, 48 Satz 1 Nr. 5, §§ 50, 119 Abs. 3 DO NW), sobald die Polizei, die Staatsanwaltschaft, einer ihrer Hilfsbeamten, der Strafrichter oder die Finanzbehörde eine Maßnahme trifft, die erkennbar darauf abzielt, gegen jemanden wegen einer Straftat strafrechtlich vorzugehen.

2. Dem § 2 wird folgender Absatz 4 angefügt:

(4) Die Disziplinarkammer übersendet gleichzeitig mit der Zustellung des Urteils an den Beamten und den Vertreter der Einleitungsbehörde (§ 77 Abs. 3 DO NW) eine Ausfertigung des Urteils an den Vertreter des öffentlichen Interesses in Disziplinarsachen für das Land Nordrhein-Westfalen.

3. a) § 3 wird § 3 Abs. 1.

b) Als Absatz 2 wird angefügt:

(2) Wird ein Strafverfahren nach § 153 a StPO eingestellt, so kommt eine Anwendung von § 14 DO NW nicht in Betracht. Dem steht nicht entgegen, daß bei der Entscheidung über die Verhängung einer Disziplinarmaßnahme Auflagen oder Weisungen nach § 153 a StPO in gewissem Umfang berücksichtigt werden.

4. § 16 Abs. 2 wird gestrichen.

Artikel II

Die Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 9. März 1982

Die Landesregierung
des Landes Nordrhein-Westfalen

(L. S.) Der Ministerpräsident
Johannes Rau

Der Finanzminister
Posser

Der Innenminister
Schnoor

- GV. NW. 1982 S. 154.

20340

**Verordnung
über den Vertreter des öffentlichen
Interesses in Disziplinarsachen
für das Land Nordrhein-Westfalen
Vom 9. März 1982**

Auf Grund des § 37 Abs. 2 Satz 2 und des § 138 der Disziplinarordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (DO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Mai 1981 (GV. NW. S. 364) wird verordnet:

§ 1

Der Vertreter des öffentlichen Interesses führt die Bezeichnung:

„Der Vertreter des öffentlichen Interesses in Disziplinarsachen für das Land Nordrhein-Westfalen“.

§ 2

Der Vertreter des öffentlichen Interesses ist befugt, im Einzelfall geeignete Beamte, die ihm der zuständige Fachminister vorschlägt, als Beauftragte für die Durchführung seiner Aufgaben zu bestellen. Die bestellten Beamten sind bei der Durchführung ihres Auftrages an die Weisungen des Vertreters des öffentlichen Interesses gebunden.

§ 3

(1) Wesentlich im Sinne des § 37 Abs. 2 Satz 1 DO NW sind alle Vorgänge, die das öffentliche Interesse berühren.

(2) Wann das öffentliche Interesse berührt ist, entscheidet sich nach den Umständen des Einzelfalles. Werden Tatsachen bekannt, die den Verdacht eines Dienstvergehens rechtfertigen, so ist das öffentliche Interesse stets berührt, wenn wegen der Schwere des Dienstvergehens die Einleitung eines förmlichen Disziplinarverfahrens in Betracht kommt. Das öffentliche Interesse ist in der Regel auch berührt, wenn der Verdacht eines Verbrechen oder schwerwiegenden Vergehens gegeben ist oder wenn das Vergehen dienstlichen Bezug hat.

§ 4

(1) In den Fällen des § 3 Abs. 1 unterrichtet der Dienstvorgesetzte (§ 15 DO NW) unverzüglich den Vertreter des öffentlichen Interesses, sobald er Vorermittlungen veranlaßt hat. Unaufgefordert sind nur wesentliche weitere Verfahrensschritte, insbesondere die Einleitung des förmlichen Disziplinarverfahrens, die Anschuldigung, die Einlegung der Berufung sowie jede das Disziplinarverfahren abschließende Entscheidung anzuzeigen.

(2) Den Berichten an den Vertreter des öffentlichen Interesses sind unaufgefordert nur Kopien der folgenden Unterlagen beizufügen: Verfügung über die Anordnung von Vorermittlungen, Entscheidungen im strafgerichtlichen Verfahren, Verfügung über die Einleitung des förmlichen Disziplinarverfahrens, Anschuldigungsschrift, Berufungsbegründung, Disziplinarverfügung und Einstellungsverfügung. Wenn Urteile gemäß § 287 Abs. 4 StPO in abgekürzter Form ergangen sind, ist auch die Vorlage der Anklageschrift erforderlich.

§ 5

Durch die Unterrichtung des Vertreters des öffentlichen Interesses in Disziplinarsachen wird die weitere Durchführung des Disziplinarverfahrens nicht berührt.

§ 6

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Gleichzeitig wird die Verordnung über den Vertreter des öffentlichen Interesses in Disziplinarsachen für das Land Nordrhein-Westfalen vom 8. September 1970 (GV. NW. S. 688) aufgehoben.

Düsseldorf, den 9. März 1982

Die Landesregierung
des Landes Nordrhein-Westfalen

(L. S.) Der Ministerpräsident
Johannes Rau

Der Innenminister
Schnoor

Der Justizminister
Donnepp

- GV. NW. 1982 S. 154.

2126

**Verordnung
zur Änderung der Verordnung
zur Regelung von Zuständigkeiten
nach dem Bundes-Seuchengesetz
Vom 9. März 1982**

Aufgrund des § 36 Abs. 2 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 1975 (BGBl. I S. 80), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. Oktober 1978 (BGBl. I S. 1645), und des § 13 Abs. 2 des Bundes-Seuchengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Dezember 1979 (BGBl. I S. 2262), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juni 1981 (BGBl. I S. 553), wird verordnet:

Artikel I

Die Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem Bundes-Seuchengesetz vom 4. Februar 1981 (GV. NW. S. 54) wird wie folgt geändert:

1. Nach § 9 werden folgende §§ 10 und 11 eingefügt:

§ 10

Ordnungswidrigkeiten

(1) Die Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 69 Abs. 1 des Bundes-Seuchengesetzes wird übertragen:

1. der gemäß § 4 zuständigen Erlaubnisbehörde
 - für Ordnungswidrigkeiten nach § 69 Abs. 1 Nr. 1 des Bundes-Seuchengesetzes, soweit es sich um eine Zuwiderhandlung gegen die Anzeigepflicht nach § 24 des Bundes-Seuchengesetzes handelt,
 - für Ordnungswidrigkeiten nach § 69 Abs. 1 Nr. 2 des Bundes-Seuchengesetzes, soweit es sich um eine Zuwiderhandlung gegen die Duldungs-, Gestattungs- und Mitwirkungspflichten nach § 25 Satz 2 des Bundes-Seuchengesetzes handelt und
 - für Ordnungswidrigkeiten nach § 69 Abs. 1 Nr. 4 des Bundes-Seuchengesetzes, soweit es sich um eine Zuwiderhandlung gegen eine vollziehbare Auflage nach § 22 Abs. 4 Satz 2 des Bundes-Seuchengesetzes handelt,
2. der örtlichen Ordnungsbehörde
 - für Ordnungswidrigkeiten nach § 69 Abs. 1 Nr. 1 des Bundes-Seuchengesetzes, soweit es sich um eine ihr gegenüber begangene Zuwiderhandlung gegen die Auskunftspflicht nach § 10 Abs. 2 Satz 3 des Bundes-Seuchengesetzes handelt,
 - für Ordnungswidrigkeiten nach § 69 Abs. 1 Nr. 2 des Bundes-Seuchengesetzes, soweit es sich um eine ihr gegenüber begangene Zuwiderhandlung gegen die Mitwirkungspflicht nach § 10 Abs. 2 Satz 2 des Bundes-Seuchengesetzes handelt,
 - für Ordnungswidrigkeiten nach § 69 Abs. 1 Nr. 4 des Bundes-Seuchengesetzes, soweit es sich nicht um eine Zuwiderhandlung gegen eine vollziehbare Auflage nach § 22 Abs. 4 Satz 2 des Bundes-Seuchengesetzes handelt und
 - für Ordnungswidrigkeiten nach § 69 Abs. 1 Nr. 7 des Bundes-Seuchengesetzes,

3. im übrigen der Kreisordnungsbehörde.

(2) Die Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 69 Abs. 2 des Bundes-Seuchengesetzes in Verbindung mit § 22 der Trinkwasser-Verordnung vom 31. Januar 1975 (BGBl. I S. 453), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Juni 1980 (BGBl. I S. 764), wird der Kreisordnungsbehörde übertragen.

§ 11

Übertragung der Ermächtigung nach
§ 13 Abs. 2 Bundes-Seuchengesetz

Die der Landesregierung in § 13 Abs. 2 Bundes-Seuchengesetz eingeräumte Ermächtigung zum Erlass einer Rechtsverordnung wird auf den für das Gesundheitswesen zuständigen Minister übertragen. Ihm wird insoweit auch die Ermächtigung zur Übertragung der Zuständigkeit nach § 36 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe a) OWiG übertragen.

2. § 10 wird § 12.

Artikel II

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft; gleichzeitig tritt die Verordnung zur Bestimmung der für die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Bundes-Seuchengesetz zuständigen Verwaltungsbehörden vom 13. Februar 1964 (GV. NW. S. 34), zuletzt geändert durch Verordnung vom 19. November 1976 (GV. NW. S. 400), außer Kraft.

Düsseldorf, den 9. März 1982

Die Landesregierung
des Landes Nordrhein-Westfalen

(L. S.)
Der Ministerpräsident
Johannes Rau

Der Minister
für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Friedhelm Farthmann

- GV. NW. 1982 S. 155.

2124

**Verordnung
zur Änderung der Gebührenordnung
für Hebammenhilfe außerhalb der
gesetzlichen Krankenversicherung
(Hebammengebührenordnung Nordrhein-Westfalen)
Vom 9. Februar 1982**

Aufgrund des § 18 des Hebammengesetzes vom 21. Dezember 1938 (RGS. NW. S. 68) in Verbindung mit Artikel 129 Abs. 2 des Grundgesetzes wird im Einvernehmen mit dem Finanzminister verordnet:

Artikel I

Die Gebührenordnung für Hebammenhilfe außerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung (Hebammengebührenordnung Nordrhein-Westfalen) vom 18. Juni 1964 (GV. NW. S. 205), zuletzt geändert durch Verordnung vom 15. Oktober 1976 (GV. NW. S. 362), wird wie folgt geändert:

§ 2 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

§ 2

(1) Die Gebühren betragen

1. für den Beistand bei einer regelmäßigen und bei einer frühzeitigen Geburt bis zu 8 Stunden	182,— bis 362,— DM
2. für den Beistand bei einer Zwillingsgeburt, einer regelwidrigen Geburt, einer Geburt mit Episiotomie, einer mit Blutungen und deren Folgen oder Eklampsie, mit einer Lösung der Nachgeburt oder mit Wiederbelebung des Kindes verbundenen Geburt bis zu 8 Stunden	208,— bis 414,— DM
3. für den Beistand bei einer Geburt von Drillingen oder mehr Kindern bis zu 8 Stunden	226,— bis 452,— DM
4. für den Beistand bei einer Fehlgeburt oder unzeitigen Geburt oder bei Abnahme einer Mole bis zu 6 Stunden	125,— bis 250,— DM
5. für den Beistand bei einer angefangenen Geburt, wenn die Gebärende vor Beendigung der Geburt oder Fehlgeburt in ein Krankenhaus überwiesen wird und die Hebamme dort keinen weiteren Beistand leistet, bis zu 6 Stunden	94,— bis 188,— DM

6. für jede weitere angefangene Stunde in den Fällen der Nummern 1 bis 5	10,50 bis 21,— DM	für jede angefangene Stunde an Sonn- und Feiertagen oder für eine Nachtwache das Doppelte.	8,50 bis 11,— DM
7. für jeden vorgeschriebenen Wochenbesuch in den ersten 10 Tagen nach der Entbindung einschließlich der dabei vorgenommenen Untersuchungen und Verrichtungen wie Abspülen, Klistiersetzen, Katheterisieren, Baden und Wickeln der Kinder für jede angefangene Stunde bei Tage	10,50 bis 21,— DM	10. für eine Raterteilung a) durch Fernsprecher b) in der Wohnung der Hebamme bei Nacht und an Sonn- und Feiertagen das Doppelte.	6,50 bis 8,50 DM 8,50 bis 10,50 DM
bei Nacht und an Sonn- und Feiertagen das Doppelte. Diese Gebühren gelten auch für die Zeit vom 11. Tage nach der Geburt, wenn diese Besuche aufgrund einer schriftlich bestätigten ärztlichen Anordnung ausgeführt worden oder wegen Verzögerung des Abfalls des Nabelschnurrestes notwendig gewesen sind. Wenn die Wöchnerin die Hebamme aufsucht, werden die vorgenannten Gebühren abzüglich 10 vom Hundert erhoben.		11. für jede Untersuchung vor der Geburt in der Wohnung der Hebamme	14,50 bis 29,— DM
8. für jeden sonstigen beruflichen Besuch (insbesondere Hilfeleistungen bei Schwangerschaftsbeschwerden oder bei Wehen, die vor der eigentlichen Geburt oder Fehlgeburt und zeitlich nicht zusammenhängend mit ihr auftreten) einschließlich der Untersuchungen und Verrichtungen für jede angefangene Stunde bei Tage	11,— bis 22,— DM	12. für eine schriftliche Bescheinigung außer der Gebühr für die Untersuchung oder den Besuch	8,— DM
bei Nacht und an Sonn- und Feiertagen das Doppelte.		13. für die Anmeldung eines Geburtstalles beim Standesamt	9,— DM
9. für eine ärztlich angeordnete Tagwache außerhalb der Zeit der Geburt (Besuch eingeschlossen)		14. für die auf Anordnung eines Arztes durchgeführte Unterweisung zur Geburtsvorbereitung für jede Schwangere pro Unterrichtsstunde (60 Minuten) a) bei Gruppenunterweisung b) bei Einzelunterweisung	11,— bis 16,50 DM 22,50 bis 32,50 DM
		15. für die Unterweisung in der Wochenbettgymnastik	5,50 bis 8,— DM

Artikel II

Diese Verordnung tritt am 1. März 1982 in Kraft.

Düsseldorf, den 9. Februar 1982

Der Minister
für Arbeit, Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen
Farthmann

- GV. NW. 1982 S. 155.

Einzelpreis dieser Nummer 1,60 DM

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den August Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Am Wehrhahn 100, Tel. (0211) 360301 (8.00-12.30 Uhr), 4000 Düsseldorf 1

Bezugspreis halbjährlich 41,30 DM (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 82,60 DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim Verlag vorliegen.

Die genannten Preise enthalten 6,5% Mehrwertsteuer

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 6888293/294, 4000 Düsseldorf 1

Einzellieferungen gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. Versandkosten (je nach Gewicht des Blattes), mindestens jedoch DM 0,80 auf das Postscheckkonto Köln 8516-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 4000 Düsseldorf 1
Verlag und Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf, Am Wehrhahn 100

Druck: A. Bagel, Graphischer Großbetrieb, 4000 Düsseldorf

ISSN 0340-661 X